Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 199 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Samstag, den 27. August | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" und „Für unsere Frauen" | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten und die 4seitige Beilage „Zeitgeschehen im Wochenbild".

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Das Reichskabinett behandelt in Dauerberatungen die endgültige Fassung des großen Wirtschaftsprogramms.

* Das preußische Justizministerium verwahrte sich gegen eine Einmischung des „Zarnow-Untersuchungsausschusses" des Landtages in das Beuthener Verfahren.

* In Thüringen wurde eine nationalsozialistische Regierung gewählt.

* Im Europaflug legten die Teilnehmer die letzte Strecke Paris—Berlin über Schweden zurück.

Sackgasse oder Ausweg?

Die Kampferspritze — Echte Kredithilfe — Kann ein Volksentscheid helfen?

Nicht weniger als 20 000 Deutsche haben zur Feder gegriffen und schriftlich recht ausführlich auseinandergesetzt, wie sie sich den Ausweg aus der deutschen Krise vorstellen; der größte Teil beschäftigte sich mit dem Schwierigsten, was es in unserm Wirtschaftssystem überhaupt gibt, mit der Währungspolitik. Mit einem heiteren, einem nassen Auge sprach der Reichsbankpräsident auf der Dortmunder Tagung des Genossenschaftsverbandes davon, aber er spottete nicht darüber. Denn aus jener Zahl der 20 000 geht vor allem hervor, wie sehr und wie stark wir nun schon seit Jahren von der bangen Frage gepackt und geschüttelt werden: Wie kommen wir bloß wieder heraus aus diesem furchtbar wachsenden Elend? Und immer wieder konnte eine Antwort auf diese Frage nur insofern erfolgen, als eine Besserung der Lage von der Währungsseite allein her nicht zu erreichen ist. Wenn man in Deutschland das Wort „Währung" ausspricht, darf man niemals auch nur als leises Echo von irgendwoher „Inflation" hören, auch nicht, wenn das Wort „Kreditausweitung" auftaucht. Dr. Luther hat darum in Dortmund nicht ohne bestimmte Absicht und mit äußerster Deutlichkeit erklärt, daß er „vor seinem Gewissen und vor seinem Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Vaterlande es ablehnen müsse, mit der Kampferspritze der offenen, verschleierten oder dosierten Inflation sich als Reichsbankpräsident Volkstümlichkeit zu erringen, die sicher rasch einer ewigen Verfluchung Platz machen würde." Dieses Lutherische: „Hier steh' ich, ich kann nichts anders" kommt aber aus dem Munde des Reichsbankpräsidenten, also eines Mannes, den seine Stellung völlig unabhängig macht. Äußerlich schon, denn er ist nur dem Verwaltungsrat der Reichsbank gegenüber verantwortlich auf Grund des Bankgesetzes, das in völkerrechtlichen Vertragsbindungen wurzelt.

*

Diese Stellung will Dr. Luther nun nicht etwa bloß in der Abwehr gegen währungs-, kredit- oder handelspolitische Projekte ausnutzen, die er für falsch hält. Er ist gegen die „unbedingte Autarkie", die übrigens nur noch von wenigen verteidigt oder gefordert wird. Binnenmarkt und Ausfuhr, nicht Binnenmarkt oder Ausfuhr ist heute handelspolitisches Prinzip, weil schon der Fortfall der Möglichkeit, einen großen Teil unserer Arbeitsleistungen in das Ausland zu verkaufen, uns in einen noch tieferen Elendszustand hinabführen müßte. Um so mehr will Dr. Luther die Kräfte aus seiner Stellung unbedingt mobilisieren. Er will die Kredithilfe durch die Reichsbank einsetzen. Er will in keinem Falle wirtschaftlich berechtigte Kredite verweigern, — im Gegenteil, er begrüßt es, wenn die Wirtschaft aus eigener Initiative mit solcher Forderung an ihn herantritt. Er ist bereit, „der Wirtschaft für jeden wirtschaftlich gesunden Zweck die Kreditkraft der Reichsbank zur Verfügung zu stellen, sofern es sich nur um echte Geschäftsvorgänge handelt, aus denen die Einlösung und damit die Zahlung des Wechsels in der erforderlichen kurzen Frist sich ergibt." Die Reichsbank gibt ja Geld gegen solche Wechsel, Geld, das wieder zu ihr zurückfließen muß, wenn es draußen seine Arbeit geleistet hat, Geld, das nicht draußen bleiben darf, weil es sonst den Notenumlauf ausdehnen würde über die wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus, und damit eine „zusätzliche Kaufkraft", eine — Inflation bewirkt. Und darum hat Dr. Luther sich bei den Forderungen, die wegen der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms an ihn gestellt wurden, nicht in eine Sackgasse drängen lassen, an deren Ende die Inflation stehen müßte, sondern hat sich auch hier den Weg offengehalten. Er hat nicht einfach zugesagt, runde 200 Millionen dafür herzugeben, sondern er wird die Einzelvorschläge des Programms, die er finanzieren soll, sehr genau auf ihre privat- und volkswirtschaftliche Berechtigung hin prüfen und sie entsprechend — sieben lassen. Er wird sich sehr genau die Wechsel ansehen, die man der Reichsbank zur Diskontierung einreichen will, um von ihr das Geld für die beabsichtigten Arbeiten zu erhalten. Und schließlich wird er die Zusicherung des Finanzministers dafür verlangen, daß für jede Finanzierung eines solchen Projektes der Reichshaushalt für 1933 usw. vorbelastet wird.

*

Während die Wirtschaft, von der Reichsbank gestützt, vorsichtig und mit tastenden Schritten einen Ausweg zu finden sucht, scheint die Politik ganz hoffnungslos „in einer Sackgasse festgefahren zu sein", wie Wippchen sagen würde. Arbeitsunfähigkeit des Reichstages, Auflösung, Neuwahlen, verbunden mit der trüben Ahnung, daß auch ein neugewählter Reichstag nicht viel anders aussehen würde, — das alles läßt schon jetzt die Frage diskutieren, ob und wie man mit Hilfe einer „höheren Instanz" aus diesem parlamentarisch-politisch-verfassungsrechtlichen Dilemma herauskommen kann, ohne dabei aber den Boden der Verfassung zu verlassen. Man denkt z. B. an einen Volksentscheid, der eine — übrigens allseits als notwendig anerkannte — Änderung des Wahlrechts herbeiführen soll. Grundsätzlich scheint hierfür möglicherweise der Volksentscheid einen Ausweg zu bieten, wenn man die Reform nicht auf dem gewöhnlichen parlamentarischen Wege erreicht. Nach der Verfassung kann einerseits der Reichspräsident einen Volksentscheid herbeiführen über irgendeinen Gesetzentwurf, bei dem es zu einer Einigung zwischen Reichstag und Reichsrat nicht kommen will, der „gewöhnliche" Volksentscheid andererseits auf Grund eines Volksbegehrens ist in Deutschland wohlbekannt; nur heißt es im Artikel 73 der Reichsverfassung, daß der „volksbegehrte" Gesetzentwurf erst von der Regierung „dem Reichstag zu unterbreiten" ist. Wenn nun kein „amtierender" Reichstag da ist? Gar so einfach, wie so mancher sich dies vorstellt, ist also dieser Ausweg doch nicht, vorausgesetzt immer, daß man auf dem Boden der Verfassung bleibt, was aber die Reichsregierung zu tun ausdrücklich erklärt hat. Gewiß ist dieser Boden manchen den Notwendigkeiten einer turbulenten Zeit, aber die Entscheidung des ganzen Volkes könnte und dürfte die Verfassung ändern, weil „das deutsche Volk sich diese Verfassung gegeben hat" Dr. Pr.

In Erwartung der Kanzlerrede

Dauersitzungen des Reichskabinetts.

Die Mitglieder der Reichsregierung halten Dauersitzungen ab, um bis Sonnabendabend über die Grundzüge des wirtschaftlichen Aufbauprogramms ins reine zu kommen, das der Kanzler in einer Rede vor den westfälischen Bauern in Münster am Sonntagmittag um 12 Uhr der Öffentlichkeit vorlegen will.

Über den Inhalt des Programms und der Rede wird nach wie vor an amtlichen Stellen größtes Stillschweigen bewahrt. Natürlich sind doch zahlreiche Meinungen über dieses Programm in der Öffentlichkeit im Umlauf. Hauptteil des wirtschaftlichen Aufbauprogramms werden ohne Zweifel die Pläne für die Arbeitsbeschaffung sein. Wie bekannt, sind bisher schon Mittel vorgesehen, um etwa 200 000—250 000 Menschen Arbeit geben zu können. Natürlich wäre dies keine wesentliche Erleichterung, wenn es nicht gelänge, weit mehr Arbeitslose wieder zur Beschäftigung zu bringen. Darum drehen sich auch die wichtigsten Beratungen des Kabinetts. Von den verschiedensten Seiten sind der Reichsregierung Vorschläge in dieser Frage zugegangen, die zum Teil sehr stark voneinander abweichen. Bekanntlich hat der Kanzler in diesen Tagen auch die Meinung von Vertretern der Wirtschaft gehört. Die Hauptfrage ist und bleibt die Geldbeschaffung. Es ist jetzt die Nachricht im Umlauf, die Reichsregierung plane, durch

eine Zwangsanleihe

in Höhe von etwa 3—4 Prozent des Vermögens sich Mittel zu beschaffen. In der Praxis würde sich dies genau wie eine Steuererhöhung auswirken Nach allen bisherigen Erfahrungen wäre auf diesem Weg eine Ankurbelung der Wirtschaft nicht zu erwarten. Auf die Frage bei den zuständigen Stellen, was an der Nachricht über die Zwangsanleihe Wahres sei, wird weder mit Ja noch mit Nein geantwortet. Die zuständigen Stellen verweisen auf die Rede des Kanzlers am Sonntag. Bis dahin wird man sich also gedulden müssen.

Nach seiner Rede in Münster wird der Kanzler nicht, wie ursprünglich geplant,

sofort nach Neudeck zum Reichspräsidenten

fahren. Die Reise ist erst für Montagabend vorgesehen. In Neudeck werden dann sehr schwerwiegende Entscheidungen fallen. Wie zuverlässig verlautet, wird der Kanzler dem Reichspräsidenten eine große Notverordnung zur Unterschrift vorlegen, in der die gesetzlichen Maßnahmen zur Durchführung des Wiederaufbauprogrammes enthalten sind. Weiter wird behauptet, der Kanzler werde den Reichspräsidenten um die Ermächtigung bitten,

den Reichstag sofort aufzulösen,

wenn sich für das Programm der jetzigen Reichsregierung keine arbeitsfähige Mehrheit im Parlament finden sollte. Es wird damit gerechnet, daß der Reichspräsident diese Ermächtigung Herrn v. Papen geben wird. In Neudeck wird auch die Entscheidung darüber fallen, auf welchen Wegen die Reichsregierung weitergehen will, wenn der Reichstag wieder aufgelöst ist.

Während die Reichsregierung über ihr Programm berät, und alle Welt von der baldigen Wiederauflösung des Reichstages spricht, gehen

die Geheimverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten

über ein Zusammengehen dieser beiden Parteien im Reichstag und im Preußischen Landtag weiter. Die Meinungen über das Ergebnis dieser Verhandlungen sind außerordentlich widersprechend, zumal die Nationalsozialisten, nach den Äußerungen ihrer Blätter zu schließen, immer noch auf der Forderung bestehen, daß die gesamte Staatsgewalt ihnen übergeben werden müsse. So sagt das Blatt Hitlers, der Völkische Beobachter in München, zu den Meldungen über die geplante Neuauflösung, die einzige wirkliche Klärung der Krise bleibe stets dieselbe: Übergabe der Staatsführung an Adolf Hitler! Je schneller dies vollzogen wird, desto besser für Deutschland. Wie diese Forderung bei einem Zusammengehen mit dem Zentrum erfüllt werden soll, ist nicht vorstellbar.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung fertig.

Das Reichskabinett befaßte sich am Freitagnachmittag in einer Sitzung, die bis um 21 Uhr dauerte, mit dem Wirtschaftsprogramm, das der Reichskanzler in seiner Rede am Sonntag in Münster bekanntgeben wird. An der Sitzung nahm auch Reichsbankpräsident Dr. Luther teil. Die Beratungen sind, wie verlautet, sachlich im wesentlichen zu Ende geführt worden. Am Sonnabend wird zunächst noch an der Formulierung gearbeitet, worauf sich dann das Reichskabinett zu einer letzten abschließenden Beratung des Wirtschaftsprogramms zusammenfinden wird.

Aus der Teilnahme des Reichsbankpräsidenten an den Beratungen ist danach zu schließen, daß das geplante Wirtschaftsprogramm die Billigung aller in Frage kommenden Reichsinstanzen findet.

Kerrl verlangt Aufhebung der Geschäftsordnungsänderung.

Ein Schreiben an den Reichskanzler.

Der Präsident des Preußischen Landtages, Kerrl, hat an den Reichskanzler von Papen ein Schreiben gerichtet, in dem er mehrere staatsrechtliche Fragen vorbringt, die in letzter Zeit in führenden preußischen Regierungskreisen erörtert worden sind.

Zunächst wendet sich Präsident Kerrl in dem Brief gegen die Auffassung Dr. Brachts, daß sich die jetzige kommissarische preußische Regierung nicht dem Landtag, sondern allein dem Reichspräsidenten verantwortlich fühle. Dieser Auffassung stellt Präsident Kerrl schwere staatsrechtliche Bedenken gegenüber. Denn durch diese Praxis entstehe eine Ausschaltung des Preußischen Landtages, die weder sachlich begründet sei noch irgendwie in der Verfassung eine Stütze finde. Verfassungsmäßig sei jede Regierung dem Landtage verantwortlich, und verfassungsgemäß habe jeder Minister vor dem Landtage zu erscheinen, sobald es verlangt wird.

Weiter wendet sich Präsident Kerrl in dem Schreiben gegen die von der kommissarischen Regierung vorgenommene Verwaltungsreform, die sowohl im Landtag wie in der breiten Masse der Bevölkerung tiefgehende Verwunderung ausgelöst hat. Deshalb fühle er sich als Präsident des Landtages verpflichtet, auf das schärfste Protest gegen die Durchführung von Maßnahmen zu erheben, von denen noch nicht feststeht, ob sie dem Interesse des preußischen Volkes dienen, und er bitte dringend, für die Zukunft von der Durchführung ähnlicher Vorhaben unter Ausschaltung des Landtages Abstand zu nehmen.

Schließlich fordert Präsident Kerrl vom Reichskanzler, dem Reichspräsidenten den Erlaß einer Notverordnung vorzuschlagen, durch welche die vom vorigen Landtag vorgenommene Geschäftsordnung für nichtig erklärt werde. Ihm stehe ein staatsrechtliches Gutachten zur Verfügung, in dem seiner Rechtsauffassung beigetreten werde, daß für die Gültigkeit der Geschäftsordnungsänderung eine Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen wäre. Die Geschäftsordnungsänderung sei somit nichtig.

Kerrl betont in seinem Schreiben, daß es der Plan der abgesetzten Regierung gewesen sei, mit dieser Geschäftsordnungsänderung eine Führung der preußischen Regierung durch die Nationalsozialisten zu verhindern.

Kurze politische Nachrichten.

Der Stellvertreter des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, empfing den Geschäftsführenden Präsidenten des Reichsstädtebundes, Dr. Haekel, der ihm über die die mittleren und kleineren Städte gegenwärtig besonders interessierenden Fragen Bericht erstattete.

*

Der Landesverband Württemberg-Hohenzollern der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) hat beschlossen, den Landesverband aufzulösen. Der bisherige Landesvorstand tritt der Deutschnationalen Volkspartei (Württembergische Bürgerpartei) bei und fordert seine Mitglieder in Württemberg und Hohenzollern auf, seinem Beispiel zu folgen. Die Deutschnationale Volkspartei teilt hierzu mit, daß sie diesen bedeutsamen Schritt zur Sammlung der bürgerlichen Kreise auf nationalem Boden begrüße.

Papierene Fesseln.

Wirtschaftliche Wochenschau.

In der Landwirtschaft sind in diesem Jahr überdurchschnittliche Ernteerträge zu erwarten. Die Getreidepreise, die gegen Schluß des alten Erntejahres noch anziehen konnten, sind in den letzten Wochen beträchtlich gesunken; trotz umfassender staatlicher Stützungsmaßnahmen besteht hier wenig Aussicht auf eine Erholung. Die Viehwirtschaft arbeitet großenteils unrentabel, so daß eine teilweise Liquidation der seit 1924 wieder aufgebauten Bestände zu befürchten ist.

Von besonders aktuellem Interesse ist die Stellungnahme des Instituts für Konjunkturforschung zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten der deutschen Landwirtschaft: „Seit Anfang 1930, besonders aber seit dem völligen Zusammenbruch der Märkte für Veredelungserzeugnisse im Jahre 1931 ist an dieser Stelle auf die drohende Katastrophe der Landwirtschaft wiederholt hingewiesen worden. Diese Befürchtungen waren begründet. Wenn heute alle landwirtschaftlichen Schuldner zur Liquidation ihrer Rückstände, besonders der Zinsen und Steuern, gezwungen würden, müßte eine nicht zu übersehende Zahl ihre Betriebe aufgeben. Eine derartige Bereinigung der Lage ist völlig ausgeschlossen, da es angesichts der allgemeinen Notlage nicht mehr so viele neue zahlungsfähige landwirtschaftliche Unternehmer gibt, die an die Stelle der alten treten könnten. Wenn also bis heute fast keine Produktionseinheiten trotz ausgedehnter Unrentabilität ausgefallen sind, so ist das nur dadurch bedingt, daß vielfach in der Landwirtschaft jetzt nur noch so viel gezahlt wird, wie aus Betriebsverkäufen entfällt. Dabei werden natürlich nach Einschränkung aller persönlichen Ausgaben die Ansprüche zuerst befriedigt, die direkt zur Fortführung des Betriebes nötig sind. Erst zuletzt pflegen die Zahlungen für Pachten, Zinsen, Steuern usw. geleistet zu werden. Es ist einleuchtend, daß dieser Zustand, der einer Bilanzverschleierung gleichkommt, dringend einer Bereinigung bedarf. Eine Steuer- und Schuldenreform mit dem Ziel der Wiederherstellung einer klaren Bilanz muß also mit an erster Stelle unter allen kommenden Agrarmaßnahmen stehen."

Zweifellos wird dieser außerordentlich wichtige Punkt einer Steuer- und Schuldenreform für die Landwirtschaft die Aufbauarbeit der Reichsregierung, die jetzt endlich ihren Anfang nehmen soll, besonders zu berücksichtigen haben, um erst einmal reinen Tisch und eine Plattform zu schaffen, auf der wieder aufgebaut werden kann. Von dem wirren Haufen von Schulden und Verbindlichkeiten weiß wohl jeder, daß sie nur auf dem Papier stehen und keinen tatsächlichen Vermögenswert mehr für die Gläubiger bilden, aber eine unerträgliche Fessel für das Wirken und die Tätigkeit der Schuldner, die ihm jede Selbsthilfe und jede tatkräftige Mitarbeit an staatlichen Hilfsmaßnahmen unmöglich macht. Von Forderungen und Schulden, von denen feststeht, daß sie nicht realisiert werden können, müssen die Hauptbücher der Gläubiger wie der Schuldner bereinigt werden, denn sie legen einen trügerischen Schleier über die tatsächlichen Wirtschaftsvorgänge zum Schaden beider Parteien. Die Folge solcher papierenen Zahlenwirtschaft ist lediglich, daß der Gläubiger seine Kräfte überschätzt und der Schuldner die seinigen unterbewertet. Wir brauchen aber vor allem Klarheit, damit jeder deutlich abschätzen kann, wieviel er tatsächlich vermag, um mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau. Durch Regierungsmaßnahmen allein ist nichts getan, es muß die tatkräftige ungefesselte Mithilfe des einzelnen hinzukommen. Mit wirkungsvoller Selbsthilfe einsetzen kann aber nur der, der genau weiß, wie weit seine Kräfte gehen. Der sich nicht einbildet, sehr stark zu sein in seinem „Vermögen", während er doch viel weniger „vermag". Aber vor allem kann auch der nicht wirken, der gehemmt nicht zum Vollgefühl und zum Bewußtsein seiner wirklichen Kräfte und Fähigkeiten kommen kann.

Die Maßnahmen gegen die Beuthener Todesurteile.

Gnadenverfahren und Wiederaufnahme des Verfahrens.

Während in Beuthen äußerlich die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt worden ist, die durch die fünf von dem dortigen Sondergericht gefällten Todesurteile stark gefährdet war, geht der Kampf mit rechtlichen und politischen Mitteln um die Köpfe der fünf verurteilten Nationalsozialisten mit unverminderter Schärfe fort. Der Vorsitzende des 19. Ausschusses des Preußischen Landtags, der zur Nachprüfung der in dem Buch von Zarnow „Gefesselte Justiz" behaupteten Mißstände in der Justiz eingesetzt worden ist, hatte dem preußischen Justizminister die Einberufung des Ausschusses zum 2. und 3. September nach Beuthen zur Nachprüfung des Verfahrens vor dem Sondergericht in der Straffache Kottisch und Genossen mitgeteilt und u. a. um Überlassung des Schwurgerichtssaales in Beuthen, um Bereitstellung der Verurteilten zur Vernehmung vor dem Ausschuß und um Aushändigung der Akten des Strafverfahrens ersucht.

Das preußische Justizministerium hat erwidert, daß es aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage sei, dem Ersuchen zu entsprechen. Die Nachprüfung des Verfahrens des Sondergerichts in Beuthen würde eine Ausdehnung der dem Ausschuß vom Landtag übertragenen Aufgabe bedeuten, zu der der Ausschuß nicht befugt sei. Es komme hinzu, daß die angekündigte Untersuchung einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Gerichte bilden und daher im Hinblick auf Artikel 102 der Reichsverfassung unzulässig sein würde.

Über die von der Verteidigung der Verurteilten beabsichtigten weiteren Schritte äußerte sich Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune u. a. folgendermaßen: Für die Angeklagten war nicht die Einreichung eines eigenen Gnadengesuchs, sondern der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens der gegebene Weg zur Wiedergutmachung. Nur um die Angeklagten und ihre Angehörigen aus der quälenden Ungewißheit über ihr Schicksal schnellstens zu befreien und zur Beruhigung der Öffentlichkeit beizutragen, ist die Entscheidung über die Wiederaufnahme des Verfahrens hinter die sofort von Amts wegen eingeleitete Prüfung, ob die Staatsregierung die Vollstreckung der fünf Todesurteile an den fünf Angeklagten durch Begnadigung zunächst einmal ausschließt, zurückgestellt. Die Wiederaufnahme des Verfahrens wird unbekümmert um die Entschließung der Gnadeninstanz weitergeführt, um bei dem nicht zu erwartenden Versagen der Begnadigung, allerdings in länger dauerndem Rechtsweg, die Vollstreckung des Urteils unmöglich zu machen und den Angeklagten ihr Recht zuteil werden zu lassen.

Die Frau des zum Tode verurteilten Gastwirts Lachmann hat an den Bevollmächtigten des Reichskommissars in Preußen, Dr. Bracht, direkt ein Gnadengesuch für ihren Mann gerichtet. Dr. Bracht hat ihr geantwortet, daß er für eine Begnadigung nicht zuständig sei, sondern das Gesamtministerium, und hat sie darauf hingewiesen, daß sie sich an den zuständigen Gnadenbeauftragten wenden müsse.

Der Deutsche Ostbund zum Beuthener Urteil.

Der Deutsche Ostbund teilt mit: „Der Deutsche Ostbund ist tief ergriffen von der Schicksalstragödie, die sich jetzt in Beuthen abgespielt hat. Wenn auch die Verhängung der Todesstrafe gegenüber den fünf Ostmärkern den Buchstaben des Gesetzes erfüllt haben mag, so müssen wir doch mit denjenigen, die die Ereignisse in Oberschlesien aus eigener Anschauung verfolgt haben, der Tatsache Verständnis entgegenbringen, daß die Verurteilten nicht in eine Linie mit politischen Banditen oder gemeinen Verbrechern gestellt werden können. Der Deutsche Ostbund setzt sich daher sowohl für die Wiederaufnahme wie auch für die Anwendung des Begnadigungsrechtes für die Verurteilten ein und hat entsprechende Eingaben an das preußische Staatsministerium, das preußische Justizministerium und an den Reichskanzler gerichtet."

Mieterschaft verlangt gerechte Behandlung

In Würzburg fand der 26. Deutsche Mietertag statt.

Bürgermeister Zahn, Würzburg, fand in der Begrüßungsansprache überaus herzliche Worte des Willkommens für die deutschen Mieter. Die Stadt Würzburg habe seit Bestehen der neuen Währung fast 4½ Millionen für Wohnungsbau und außerdem fast 5,4 Millionen RM als Darlehen zur Förderung des Privatwohnungsbaues in Würzburg aufgewendet. Die Stadt besitze heute 801 Neuwohnungen und 240 Altwohnungen, ohne die im Bau begriffenen 33 Neuwohnungen. Zum Schlusse wünschte er der begonnenen Tagung einen erfolgreichen Verlauf.

Nach weiteren Begrüßungsworten sprach über das Thema:

„Zur wohnungspolitischen Lage"

der Bundesvorsitzende Herrmann, Dresden. Nach einem klaren Umriß der gegenwärtigen Lage der Wirtschaft und der Ursachen der Krise schilderte der Referent die große Wohnungsnot von heute.

Bis zum Juni 1931 war in der Wohnungsbeschaffung zwar viel erreicht worden, doch wurde dieser Aufbaukurs vor einem Jahr jäh gestoppt unter dem Zwange der damaligen Verhältnisse.

Diese zähe Krise der Wohnungswirtschaft steigerte die Arbeitsnot ins Unermeßliche. Immer schmerzlicher machen sich die Maßnahmen jener Tage fühlbar, so besonders die schweren Angriffe gegen Mieterschutz-, Reichsmieten- und Wohnungsmangelgesetz. Daneben wurden durch Notverordnung die Gehälter und Löhne tief einschneidend gesenkt, während der Posten „Miete" blieb. So kam es, daß mit jedem Tage weitere Schichten unseres Volkes in die Gefahrenzone allzu hoher Mieten rücken. Diese Auswirkungen sind ohne starke Verminderung des Verbrauchs geblieben. Bei den Metallarbeitern macht die Miete bereits 40—45 Proz. des Einkommens aus. Deshalb verlangt der Bund der deutschen Mietervereine immer wieder nachdrücklichst Angleichung der Alt- und Neubaumieten an die Friedensmiete. Die Reichsregierung glaubte dem Hausbesitz und seinem Anhange durch die Notverordnung vom 1. Dez. 1930 durch eine Aenderung des Mieterschutzgesetzes entgegenzukommen. Im Reichsmietengesetz wurde wohl noch eine Bestimmung getroffen, daß sich der noch auf die gesetzliche Miete berufen kann, der in eine wirtschaftliche Notlage geraten ist, und die Aenderung des Mietzinses auch bei Berücksichtigung der Verhältnisse des anderen Teiles nicht als unbillig bezeichnet werden können. Diese Einschränkung bedeutet aber lediglich eine Vermehrung der Prozesse, geholfen ist dem Mieter nicht. Die 2. Notverordnung vom 5. Juli 1931 brachte die Bestimmung über die Leistung von Zinszuschüssen über den Aufwertungszins und die Bestimmung über Enteignung auf dem Gebiete des Städtebaues. Die 3. Notverordnung vom 6. Oktober 1931 brachte die Aenderung des Geldentwertungsausgleichgesetzes bei bebauten Grundstücken, sowie die Bestimmung über die landwirtschaftliche Siedlung, vorstädtische Kleinsiedlung, sowie über Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose. Mieterschutz und Reichsmietengesetz wurden durch die 4. Notverordnung verschlechtert, die Amtsgerichte und die Mieteinigungsämter entscheiden ohne Beisitzer.

Wie wenig auf ein Versprechen der früheren Reichsregierung, das die Mieterschaft erhalten hat, gegeben werden kann, zeigt die 4. Notverordnung.

Wenn in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 bestimmt wurde, daß das Wohnungsmangelgesetz am 1. April 1934 und das Mieterschutz- und Reichsmietengesetz am 1. April 1936 dann außer Kraft treten sollen, wenn die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Mieten unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet worden sind, so wurde in der 4. Notverordnung verordnet, daß Wohnungsmangel, Mieterschutz- und Reichsmietengesetz bereits am 1. April 1933 außer Kraft zu setzen sind. Allerdings wurde das Versprechen wiederholt, daß die beiden letztgenannten Gesetze nur dann außer Kraft treten sollen, wenn die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Mieter unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet worden sind. Die Länder erhalten aber die Ermächtigung zum Lockern und machen von diesem Rechte auch ausgiebig Gebrauch,

so daß die Gefahr besteht, daß am 1. April 1933 in verschiedenen Ländern vom Mieterschutz- und Reichsmietengesetz nichts mehr übrig sein wird.

Unbegreiflich ist weiter, daß von den 800 Millionen RM aus der Hauszinssteuer 400 Millionen RM zu völlig anderen Zwecken verwendet werden, anstatt damit den Baumarkt zu beleben, und so die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Das jüngst viel besprochene Arbeitsbeschaffungsprogramm könnte auf diese Weise wirkungsvoll zur Tat werden. Als ein Lichtblick in unserer Krise erscheint das Siedlungsprogramm, das endlich in Angriff genommen werden muß zur Umsiedlung eines Teiles der 6 Millionen Erwerbslosen. Auf Grund der vom Bund Deutscher Mietervereine gesammelten über 500 000 Unterschriften aus allen Reichsteilen und aus allen Ständen und Berufen wird er zur Erkämpfung seiner Forderung dem neuen Reichstag die Willenskundgebung erneut vorlegen. Die deutsche Mieterschaft erwartet vom neuen Reichstag, daß er diese Zeichen der Zeit versteht, damit endlich das Reichspräsidentenwort erfüllt wird, daß

„jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschafts-Heimstätte zu sichern ist".

Medizinalrat Dr. Engelsmann, Kiel, sprach über das Thema: „Wohnungsbau, Siedlung und Arbeitsbeschaffung" und führte etwa folgendes aus: Noch heute besteht ein ungedeckter Fehlbedarf von 600 000 bis 1 Million Wohnungen aus den Kriegsjahren und ein laufender Jahresbedarf von 300 000 Wohnungen. Es müssen in den Jahren 1932 bis 1940 noch jährlich 300 000, in dem Jahrzehnt 1940 bis 1950 noch 250 000 Wohnungen jährlich gebaut werden. Maßgebend ist nicht die Zahl der stehenden Ehen, sondern der vorhandenen Haushaltungen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wird ergänzt durch die Forderung, daß 15,8% der gesetzlichen Miete von den Hausbesitzern, also rund 650 Millionen RM jährlich für Hausreparaturen auch tatsächlich verbraucht werden. Dadurch können 200 000 Arbeiter ein ganzes Jahr, 800 000 Arbeiter ein Viertel Jahr beschäftigt werden. Der Baumarkt wird durch Zuführung von 100 Millionen RM belebt.

Die Mittel für dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm sind aus den Hauszinssteuereingängen wie früher zu entnehmen, die aber in Preußen nach einer gerechten Erhebungs- und Ablieferungsform voll auszuschöpfen sind. Besser ist es, einen unverzinslichen Realkredit von 13⅓ Milliarden für Bauzwecke aufzunehmen, der durch 800 Millionen Hauszinssteuereingänge in 13⅓ Jahren getilgt werden kann.

Die Entziehung der Hauszinssteuermittel und Zuleitung in die Finanzkasse hat Massenarbeitslosigkeit von über 2,5 Millionen Arbeitern zur Folge. Arbeitslosigkeit in diesem Ausmaße bedeutet Rückgang der Steuereingänge und Anziehen der Steuerschraube.

*

Im letzten Referat sprach Tischlermeister Gresmus, Königsberg i. Pr., über das Thema: „Die Organisationen des gewerblichen Mittelstandes und der Mieterschutz". Das Leerstehen vieler Laden- und Gewerberäume wäre nicht der Fall, wenn eine vernünftige Einigung über den Mietzins mit dem alten Inhaber erreichbar gewesen wäre.

Laden- und Betriebsinhaber können wegen der Kundschaft und der hohen Umzugskosten ihren Standort nicht nach Belieben verändern.

Es sei nach den statistischen Erhebungen erwiesen, daß die erdrückende Mehrzahl der Handwerker ihre Gewerbe nicht im eigenen Grundstück ausüben. Einer Verringerung des Umsatzes von 60% und des Reingewinnes bis 80% stehe nur eine Mietermäßigung von ca. 8% gegenüber. Die Oeffentlichkeit möge erkennen, daß

mit dem Wohlergehen des Handwerks das Wohlergehen von 12½ Millionen deutscher Volksgenossen verbunden sei. Handwerk, Handel und Gewerbe bedürfen zur Erhaltung ihrer Existenz ausreichenden Schutzes gegen Kündigung und tragbare gesenkte Mieten.

*

Anschließend an die Reichsmietertagung fand eine **Tagung der Preußischen Mieterorganisationen** statt, bei der 725 Vereine vertreten waren.

Die preußische Mieterschaft richtete an sämtliche Fraktionen des preußischen Landtages die Bitte, für eine soziale Gestaltung der Wohnungswirtschaft einzutreten und folgende Forderungen vordringlich durchzuführen:

1. **Die preußische Mieterschaft fordert die Beibehaltung des bisherigen Rechtsanspruchs auf Hauszinssteuerstundung für Minderbemittelte.**
2. **Senkung der Miete für Altbauwohnungen bis mindestens auf die Friedensmiete und Beseitigung aller Nebenleistungen und Sonderzuschläge.**
3. **Senkung der Neubaumieten auf die Mieten vergleichbarer Altwohnungen und Gewährung von Mietbeihilfen an Neubaumieter nach den gleichen Grundsätzen wie Altbaumietern ein Befreiungsanspruch bei der Hauszinssteuer zusteht.**
4. **Mietbeihilfen für minderbemittelte Mieter in gering belasteten Häusern.**
5. **Die vorgesehene Verzugsfrist, wonach der Mieter bei einmonatlichem Mietrückstand seine Wohnung verlieren kann, ist für die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse völlig unzulänglich. Diese Verzugsfrist müßte wesentlich verlängert werden.**
6. **Einführung einer Reparaturpflicht für die Hausbesitzer unter amtlicher Kontrolle.**
7. **Förderung des Baues von Klein- und Mittelwohnungen mit ausreichenden öffentlichen Mitteln.**
8. **Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts, das folgende Hauptforderungen enthalten muß:**
   a) **Schutz gegen willkürliche Kündigung des Vermieters für alle Mieträume;**
   b) **Schutz vor wirtschaftlich unberechtigten und willkürlichen Mietsteigerungen;**
   c) **Besetzung des Mietgerichts mit Beisitzern;**
   d) **Einführung kommunaler Wohnungsnachweise und Schaffung eines gesetzlichen Vormietrechts der Gemeinden zur Unterbringung wohnungsloser Familien: Ausdehnung des Schutzes auf solche Pachtverhältnisse, bei denen die Nutzung von Räumen in Frage kommt;**
   e) **Gesetzliche Anerkennung und Mitwirkung der Vermieter- und Mieterorganisationen in der gleichen Weise, wie diese Mitwirkung im Arbeitsrecht für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vorgesehen ist.**

Frecher Raubüberfall auf eine Baugenossenschaft.

Maskierte Verbrecher.

Auf die Baugenossenschaft Ruppertusheim in München-West wurde ein frecher Raubüberfall verübt. Vor dem Gebäude der Genossenschaft fuhr ein mit vier Insassen besetztes Auto vor. Drei Männere begaben sich in das im ersten Stock gelegene Büro, wo gerade eine größere Geldsumme zur Auszahlung von Guthaben an die Mit-

und wer jetzt erst hinauszieht, um auszuruhen von den Mühen des Jahres, weiß und muß wissen, daß er irgendwo draußen dem Herbst begegnen wird — mitten im Sommer! Ist erst die Ernte im Gange oder gar vorüber, stehen erst die Stoppeln auf den Feldern, wo jüngst noch goldene Ähren standen, lassen erst die Jungen und die Mädel, die längst ebenso keck sind wie die Jungen, ihre Drachen steigen, so ist des Herbstes kein Halten mehr. Nicht mehr aufwärts geht es mit dem Sommer, wie heiß und wie glühend er auch noch werden mag, und es zieht ein Weh, eine Schwermut ins Herz als sicherstes Zeichen dafür, daß nunmehr der Herbst Besitz ergreift von der Welt. Diese stille Wehmut, dieses leise Ahnen sagt mehr als alle Kalender, in denen jeder Jahreszeit eine genau abgezirkelte Grenze gewiesen ist.

Der Herbst liegt in der Luft— des sollen wir gewiß sein! „Mitten wir im Leben sind mit dem Tod umfangen", wie es in dem alten Lutherliede heißt, oder „Mitten wir im Leben sind vom Tod umgeben", wie wir es umgedichtet haben. Aber wir wollen uns trotzdem nicht ganz von trüben Gedanken umspinnen lassen, uns nicht ganz einhüllen in Herbstschmerz, solange die Sonne noch sommerlich am Himmel steht, solange noch Rosen blühen, solange die Lüfte uns noch süße Düfte entgegentragen, solange die Schwalben noch nicht ihre Nester verlassen, um gen Süden zu ziehen. Freuen wir uns des Stückchens Sommer", das uns noch bleibt — der wirkliche Herbst kommt dann schon noch früh genug!

—* **400 Jahre Buß- und Bettag.** Zum 31. August 1932. Seit 400 Jahren feiert die evangelische Welt einen Buß- und Bettag. Im 16. Jahrhundert, als die abendländische Welt sehr stark von den Türken bedroht wurde, bestimmte Kaiser Karl V. am 31. August 1532, daß vom christlichen Deutschland ein besonderer Bettag begangen werden sollte. Die damalige Freistadt Straßburg kam der Anweisung des Kaisers nach und veranstaltete einen Bettag, der in den nächsten Jahren zur festen Einrichtung wurde. Von Straßburg aus trat der Buß- und Bettag seinen Gang durch Deutschland an und fand auch in vielen außerdeutschen Ländern Eingang. Besonders nach Notzeiten hat der Buß- und Bettag immer eine steigende Bedeutung erlangt und besonders in der traurigen Gegenwart ist er wieder ein Tag ernster Selbstbesinnung geworden.

—* **In Preußen wieder Hauszinssteuernachlaß? Hauszinssteuer-Notverordnung wird aufgehoben.** Wie verlautet, ist bei den Kommunalbehörden eine vertrauliche Mitteilung des kommissarischen Preußischen Innenministers eingegangen, durch welche diese ersucht werden, die Bearbeitung der Anträge auf eine Mietbeihilfe einzustellen, weil die Preußische Regierung in den nächsten Tagen den Teil der Notverordnungen der alten Preußischen Regierung, in welchem an Stelle des früheren Hauszinssteuernachlasses eine Mietbeihilfe festgelegt war, aufheben und statt dessen das alte System des Hauszinssteuernachlasses wieder einsetzen will.

—* Auf Grund der Ferienordnung des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten vom 6. November 1913 und mit besonderer Ermächtigung der Regierung, Abt. für Kirchen- und Schulwesen, in Arnsberg wird nach Anhörung der Schulverbände für alle Volksschulen des Kreises Altena (mit Ausnahme der Städte Altena und Plettenberg) sowie für die Rektoratschulen in Halver, Schalksmühle und Werdohl folgendes bestimmt: Die **Herbstferien** beginnen in allen Gemeinden des Kreises Altena am Dienstag, den 27. September 1932, und enden am Montag, den 10. Oktober 1932. (Schluß des Unterrichts: Montag, den 26. September 1932. Wiederbeginn des Unterrichtes: Dienstag, den 11 Oktober 1932).

Halver

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Ein Einkaufsnetz. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—0 **Fund einer Granate!** Gestern wurde in einem Teich in Oeckinghausen eine 7,7 cm Granate gefunden. Die Granate ist sehr wahrscheinlich beim Truppenrückmarsch 1918-19 zurückgelassen worden. Die Polizei stellte die Granate sicher. Dieser Vorfall zeigt, daß die damals irgendwie zurückgebliebenen Granaten immer noch nicht restlos aufgefunden worden sind. Andererseits sei nochmals auf die Gefährlichkeit dieser Granaten hingewiesen. Es möge deshalb jeder Fund einer Granate sofort der Polizei gemeldet werden, die für eine unschädliche Beseitigung sorgt.

—)(**Hohes Alter.** Herr Hauptlehrer i. R. Carl Schulte, hierselbst, Kölnerstraße, kann am Dienstag, 30. August, sein 81. Lebensjahr vollenden. — Am gleichen Tage wird Frau Gottfried Maximowitz, Marta geb. Albrecht, zu Hagebüchen, Gemeinde Halver, 82 Jahre alt. Wir entbieten den beiden Geburtstagskindern unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Schalksmühle

—x **Großer Schießerfolg des Landwehrvereins Schalksmühle.** Bei dem in Lüdenscheid auf den Schießständen des Bürgerschützenvereins stattgefundenen Wanderpreisschießen der Krieger- und Wehrvereine hatten die Schützen des hiesigen Landwehrvereins einen großen Erfolg. Im Schießen mit Auflage kamen sie an die 2. Stelle und blieben nur 3 Ringe hinter dem Wehrverein Meinerzhagen, der den Wanderpreis erhielt, zurück. Im Freihandschießen nahmen sie den 13. Platz ein. Außerdem wurden noch 5 Ehrenscheiben ausgeschossen, wovon Albert Borlinghaus, Schalksmühle eine erhielt. Ferner erhielten auf Grund ihrer guten Schießleistungen eine goldene Ehrennadel Karl Forkel und eine silberne Walter Wirths, Schalksmühle. Den wackeren Schützen ein kräftiges Horridoh!

—x Auf den Schießständen des hiesigen Landwehrvereins hatte sich vor etlichen Tagen die **Freiwillige Feuerwehr, Dahlerbrück,** eingefunden, um innerhalb der Wehr für einige Stunden dem Schießsport zu huldigen. Den dabei aufgekommenen Wünschen, die beiden Wehren Dahlerbrück und Schalksmühle zu einem Freundschaftsschießen einzuladen, ist die Schießkommission des Landwehrvereins nachgekommen und hat die Vertreter der beiden Wehren zu einer diesbezüglichen Besprechung eingeladen.

Breckerfeld

—f Bei einem hiesigen Landwirt beschäftigter junger Mann stürzte von einem Obstbaum und zog sich bedeutende Quetschungen zu.

—f Eine üble Sitte, die recht böse Folgen nach sich zog, passierte einem Radfahrer mit einem Mädel von Königsheide nach Zurstraße. Beide auf einem Rade glücklich zu Fall. Das Mädel erlitt starke Hautabschürfungen, während der junge Mann durch sein unglückliches Fahren Beschädigungen seines Anzuges davontrug.

—; **Im Silberkranz.** Das Ehepaar Amtsinspektor Otto Minnerop und Frau Lina geb. Kroll, können am heutigen Samstag das Fest der Silberhochzeit begehen. Wir gratulieren!

*

Lüdenscheid. Die Pressefehde zwischen dem Bürgermeister i. R. Krumm einerseits und der Amtsvertretung, sowie der Redaktion der „Volksstimme" scheint zu keinem Ende zu kommen. Der Bürgermeister erließ im gestrigen „General-Anzeiger" eine längere Erklärung, in der er zu den Prüfungsberichten (die auch wir mitgeteilt haben) nur allgemein Stellung nimmt. Er wirft der Amtsverwaltung vor, daß sie gegen die Pflicht, vorsichtig mit diesen Prüfungsergebnissen umzugehen, gröblich verstoßen habe. Er untersucht dann die Frage, wie die „Volksstimme" Kenntnis von der ganzen Sache erhalten habe und fragt: „Wer ist also der, welcher dem Redakteur Gewährsmann war? Ist es wieder die dunkle Persönlichkeit, die immer die Hand im Spiele hatte, wenn Amtsgeheimnisse ausgeplaudert und entstellt in ganz schmutziger Weise kolportiert wurden? Kann oder will sich die Amtsverwaltung unter ihrem Drucke von der Mitwirkung solcher Personen nicht reinigen? Die Oeffentlichkeit hat auf die Beantwortung dieser Frage Anspruch." Im Laufe der weiteren Ausführungen macht der Bürgermeister es der Amtsverwaltung zum Vorwurf, daß sie es zuwege bringen könne, daß ein Gutachten im unreifen Stadium zu Schmähungen gegen ihn benutzt werden könne, daß er beleidigt werden könne, wie es schlimmer nicht möglich sei und daß die Amtsverwaltung diese Schmähungen durch eigene Aeußerungen und durch Schweigen toleriere. Dabei mache sie ihn aber durch Vorenthaltung ihrer Gründe ohnmächtig, seine abgeschnittene Ehre zu verteidigen. Die mitgeteilten Beanstandungen des Prüfungsberichtes berührten ihn in keiner Weise und er hoffe, daß sie sich ganz oder zum Teil als nichtig aufklären würden. Der Bürgermeister i. R. verlangt dann schließlich von der Amtsverwaltung eine Abschrift des Gutachtens der Prüfungskommission, um dazu Stellung nehmen zu können. „Erhalte ich diese Abschrift nicht," so schließt die Erklärung, „dann werde ich gezwungen sein, auch die Amtsverwaltung in die gerichtliche Klarstellung einzubeziehen, und ich werde dementsprechend Antrag bei der Staatsanwaltschaft stellen."

pn. **Hagen. Beisetzung eines Opfers der Niobe.** Unter großer Beteiligung der Bevölkerung und des Hagener Kriegervereinsverbandes fand gestern die Beisetzung des Opfers des Segelschulschiffs Niobe, des Oberverwaltungsgastes Walter Engels statt. Der Trauerfeier wohnten auch eine Abordnung der deutschen Reichsmarine bei. Die Ueberlebenden der Niobe hatten dem toten Kameraden einen Kranz gesandt, der von der Abordnung am Grabe niedergelegt wurde. Erhebend war die Trauerfeier in der Kapelle wie auch an der offenen Gruft. Von echt seemännischem Geist getragene Trauerrede des Korvettenkapitäns Ottmer schloß mit den Worten von Gorch Fock: Seefahrt ist Not.

Hagen. Grabstein zerschlägt einem Kinde den Arm. Bei den gestrigen Bestattungsfeierlichkeiten des bei dem Niobe-Untergang zu Tode gekommenen Oberverwaltungsgastes Walter Engels ereignete sich ein Unglücksfall. Durch das Gedränge der Kopf an Kopf stehenden Menschenmenge wurde ein Grabstein umgedrückt und stürzte auf ein Kind. Glücklicherweise hatte das Mädchen die Geistesgegenwart und sprang ein Stück zur Seite. Es wurde trotzdem noch von dem Stein an der Schulter erfaßt und zu Boden geworfen. Mit einem gebrochenen Arm wurde es in das Marienhospital eingeliefert.

Hildesheim. Tödlicher Verkehrsunfall. Auf der Straße von Grasdorf nach Holle im Kreise Marienburg fuhr ein Motorradfahrer mit Sozius an einem von mehreren Personen gezogenen und geschobenen Handwagen vorbei. Dabei wurde die Tochter der Familie Klug aus Holle umgerissen und schwer verletzt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Motorradfahrer kam mit leichteren Verletzungen davon.

Peine. Ein Skelett gefunden. Bei den Ausschachtungsarbeiten für die städtische Kleinsiedlung in Telgte fanden Arbeiter ein noch gut erhaltenes Skelett einer erwachsenen Person. Da sich die Fundstelle nur 40 Meter von der alten Hannoverschen Heerstraße, die Napoleon hat bauen lassen, befindet, wird angenommen, daß dieses Skelett von einem Soldaten der französischen Armee herrührt. Vielleicht stammen die bei dem Skelett gefundenen Knöpfe von einem Waffenrock. Auch die Möglichkeit, daß eine Mordtat vorliegt, ist nicht ganz abzuweisen. Das Skelett lag in einer Tiefe von 60 bis 70 Zentimeter.

Oldenburg. Generalstaatsanwalt Riesebieter tritt in den Ruhestand. Infolge Erreichung der Altersgrenze tritt Generalstaatsanwalt Riesebieter am 1. Oktober in den Ruhestand. Er war über 30 Jahre bei der Staatsanwaltschaft tätig, im juristischen Staatsdienst über 40 Jahre. Riesebieter ist seit 1919 Präsident des Oldenburger Kriegerbundes.

Fintel (Kr. Rotenburg). Im Streit erstochen. Im Ortsteil Todtshorn bei Fintel kam es zwischen dem Hofbesitzer M. und seinem Häusling zu einem Streit wegen einer landwirtschaftlichen Dienstleistung. Die Auseinandersetzung artete in Tätlichkeiten aus, in deren Verlauf der Hofbesitzer dem Häusling mehrere Schläge und einen Stich versetzte. Der Häusling starb an den Verletzungen. Der Getötete war Vater von fünf Kindern.

Seesen. Schwerer Motorradunfall. Am nahegelegenen Dammhäuser Berg stürzte ein mit zwei Personen besetztes Motorrad, das mit den Fußrasten in eine Fahrrinne geriet. Dabei wurde der Soziusfahrer Traupe vom Rade geschleudert und erlitt außer einer schweren Gehirnerschütterung einen doppelten Schädelbruch. Er wurde dem Krankenhaus in Osterode zugeführt. Der Führer des Rades kam mit leichteren Verletzungen davon.

Seesen. Spinale Kinderlähmung. Auch hier ist ein Fall von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Erkrankt ist ein Schüler der Bürgerschule. Er wurde ins Krankenhaus nach Osterode gebracht.

Krautsand (Kr. Kehdingen). Vom Ertrinken gerettet. Lehrer Alpers hatte vor einigen Tagen mit seiner Klasse aus Altendorf einen Ausflug hierher gemacht. Als man in der Elbe ein Bad nahm, bemerkte der Lehrer einen Knaben aus Drochtersen, der vom Strom erfaßt und ins tiefe Wasser gerissen wurde. Alpers sprang dem versinkenden Knaben in das tiefe und reißende Wasser nach, und es gelang ihm auch, den nochmals auftauchenden Knaben zu erfassen und ans Ufer zu bringen.

Nah und Fern

○ **Vizeadmiral Hansens Dank an Kiel.** In einem Dankschreiben richtet sich der Chef der Marinestation der Ostsee, Vizeadmiral Hansen, an die Kieler Bevölkerung. Er dankt für die Beweise der Anteilnahme, die ihm nach dem Untergang der „Niobe" entgegengebracht wurden und die Schicksalsverbundenheit der Bevölkerung Kiels mit der Reichsmarine bekunden.

○ **Im Nebel gegen einen Baum gefahren.** Zwei Berliner Polizeibeamte verunglückten auf der Fahrt nach Kaiserslautern zu einem internationalen Polizeikongreß auf der Landstraße Berlin—Brandenburg in der Nähe von Groß-Kreutz. Wohl infolge Übermüdung fuhren sie im dichten Nebel gegen einen Baum. Die Verunglückten wurden schwerverletzt in das Brandenburger städtische Krankenhaus eingeliefert.

○ **Ein „Niobe"-Opfer an Land gespült.** Östlich Westernmarkersdorf auf der Insel Fehmarn wurde die Leiche des Zahlmeisters der „Niobe", Schirmann, von Inselbewohnern geborgen. Der Tote wurde nach Benachrichtigung der Marinestation in das Marinelazarett Kiel-Wik übergeführt und dort aufgebahrt. Marineoberzahlmeister Schirmann war in Kiel verheiratet und Vater zweier Kinder.

○ **Zwei Schreckenstaten in einem sächsischen Dorf.** In Remse (Sachsen) erschoß der Kaufmann Adolf Klauß seinen 70 Jahre alten Vater. Der Tat sollen familiäre Streitigkeiten vorausgegangen sein. Der Täter, der behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben, stellte sich selbst der Polizei — Außerdem wurde die Einwohnerschaft des Ortes durch einen zweiten Fall in Aufregung versetzt. Aus der Mulde wurde die Leiche der 25jährigen Dora Bauch geborgen. Da die Leiche Würgemale am Halse aufwies, nimmt man an, daß das Mädchen ermordet und ins Wasser geworfen wurde.

⊙ **Ein englischer Polarforscher tödlich verunglückt.** Der Führer einer arktischen Expedition, Polarforscher H. G. Watkins, ist an der Ostküste Grönlands bei einer Seehundjagd ertrunken. Watkins war im vergangenen Monat mit einer amerikanisch-englischen Expedition von London aufgebrochen, um die Möglichkeiten einer arktischen Flugverbindung zwischen Kanada und England zu erforschen.

⊙ **Kinder bei einem Motorradrennen verunglückt.** Bei einem Motorradrennen auf der Rennbahn der bulgarischen Hauptstadt Sofia fuhr ein Fahrer in der Kurve in eine zuschauende Kindergruppe hinein. Sechs Kinder wurden verletzt, von denen eines bereits gestorben ist, während zwei hoffnungslos darniederliegen.

⊙ **Riesiger Erdrutsch auf Madeira.** Auf der bekannten Insel Madeira ereignete sich, etwa 25 Kilometer von der Hauptstadt Funchal entfernt, ein riesiger Erdrutsch, bei dem etwa 15 Millionen Kubikmeter Gestein und Erde von den Bergen niedergingen. Bisher wurden keine Verluste gemeldet.

○ **Großes Sägewerk niedergebrannt.** Das am Bahnhof Waldthurn in der Oberpfalz liegende Sägewerk Ferdinand Weiß, Zweigbetrieb der Firma in Frankfurt am Main, ist niedergebrannt. Das Feuer griff auch auf die großen lagernden fertigen und rohen Holzvorräte über. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt. Der Schaden soll über 100 000 Mark betragen.

○ **Oberschlesische Devisenschieber verhaftet.** In Oberschlesien wurden von den Zollfahndungsstellen in Beuthen und Oppeln größere Devisenschiebungen aufgedeckt. Im Verlaufe der Ermittlungen wurden drei Leute verhaftet, die zusammen für 178 000 Mark Effekten verkauft und das Geld nach Polen geschafft haben.

○ **Sprengstoffdiebstahl in Oberschlesien.** In einer oberschlesischen Ziegelei im Kreise Tost-Gleiwitz wurde eine Sprengstoffkammer erbrochen und 50 Sprengpatronen, 25 Sprengkapseln und zwei Rollen Zündschnur gestohlen. Der Regierungspräsident hat für die Ermittlung der Täter 300 Mark Belohnung ausgesetzt.

○ **Tragischer Ausgang eines Autoausfluges.** In drei Wagen unternahmen mehrere Leipziger Kaufleute einen Ausflug in die Umgebung ihrer Heimatstadt. Bei nächtlicher Fahrt fuhr einer der Wagen in der Nähe von Grimma a. d. Mulde gegen die Verstrebung eines Telegraphenmastes und rollte die Böschung hinab. Von den drei Insassen des Autos wurde einer getötet, ein anderer schwer verletzt. Der Führer des Wagens wurde verhaftet. Er war stark betrunken. Das schwere Autounglück wurde von den andern Teilnehmern der Fahrt erst bemerkt, als sie in Leipzig den dritten Wagen vermißten.

○ **Zuchthausstrafe für polnischen Spion.** Von dem Berliner Strafsenat des Kammergerichts wurde der Pole Bruno Knibba wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zugunsten Polens zu vier Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht verurteilt. Knibba hatte versucht, geheimzuhaltende Nachrichten über die Grenzverhältnisse zu sammeln, um sie an die polnische Nachrichtenzentrale weiterzuleiten.

○ **Großfeuer in einer chemischen Fabrik.** In Burgbrohl, einem Fabrikdorf in der Rheinprovinz, brach im Hauptlager der Chemischen Fabrik der Gebrüder Rhodius ein riesiges Feuer aus, das das gesamte Hauptlager vernichtete. In dem Hauptlager befanden sich chemische Fertigwaren wie Zinkweiß, Öle, Benzin, Karbid und Anzugsstoffe für die Fabrikbelegschaft.

⊙ **Segelflieger in der Schweiz abgestürzt.** Kurz nach dem Start des Segelfliegers Reutemann, der an der schweizerischen Segelflugwoche auf dem Rigi teilnahm, löste sich ein Flügel seines Segelflugzeuges. Reutemann stürzte den Steilhang hinab und war auf der Stelle tot.

⊙ **Eine Schafherde durch Flugzeug vernichtet.** Ein Flugzeug hat in den Französischen Alpen bei Grenoble eine ganze Schafherde in den Tod getrieben. Durch das Motorengeräusch erschreckt, sprang der Leithammel in eine Schlucht, 148 Tiere aus der Herde folgten ihm blindlings.

⊙ **Rockefellers Tochter gestorben.** Edith Rockefeller-McCormick, die Tochter Rockefellers, ist in Chikago gestorben.

⊙ **Taifunverheerungen auf Formosa.** Der nördliche Teil der Insel Formosa wurde von einem schweren Taifun heimgesucht, der zu großen Überschwemmungen führte. In den plötzlich hereinbrechenden Fluten ertranken zwölf Menschen. Die Ernte ist teilweise vernichtet. Die Städte Taihoku und Keelun stehen unter Wasser. Vier nach Keelun unterwegs befindliche Dampfer werden vermißt. Ein Zug ist infolge der Unterspülung des Bahndammes entgleist.

Bombenflugzeuge über Metz.

Die großen französischen Luftmanöver an der deutschen Grenze.

Die Luftmanöver im französisch-deutschen Grenzgebiet brachten in der Nacht Angriffe von Bombenflugzeugen auf die wichtigsten Städte des Manövergebietes, die Verdunkelung des gesamten Gebietes und die Alarmierung der Bevölkerung. In Anwesenheit des Generalinspekteurs der Luftabwehrorganisation, Marschall Pétain, führten die „feindlichen Streitkräfte" in den späten Abendstunden den ersten Angriff auf Metz durch, das sofort in tiefes Dunkel gehüllt wurde. Riesenscheinwerfer suchten den Himmel ab und nur ab und zu sah man eine Leuchtkugel, die die Bomben der feindlichen Flugzeuge darstellten, durch die Luft sausen. In den späten Nachtstunden wurde dann die letzte Phase der großen Manöver abgewickelt, die in einer erneuten Verdunkelung des gesamten Gebiets, dem Generalangriff sämtlicher feindlicher Streitkräfte und die Anwendung sämtlicher Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung bestand.

Strategie oder Wirtschaft?

Neue polnische Eisenbahnen an der ostpreußischen Grenze.

Die polnische Regierung hat dem Völkerbundausschuß für Verkehrswesen eine Denkschrift überreicht, worin Vorschläge für den Bau von sieben Eisenbahnlinien in Polen enthalten sind. Zwei von den geplanten Eisenbahnlinien sollen im Westen, einmal längs der ostpreußischen Grenze verlaufen, Thorn mit Ostrolenka und dann Straßburg, das gleichfalls unweit der ostpreußischen Grenze liegt, mit dem südlichen, an der Weichsel gelegenen Plock verbinden. Ein Blick auf die Karte genügt, um zu erkennen, daß diese Eisenbahnlinien, die als „wirtschaftlich" notwendig bezeichnet werden, durch ihre besondere Lage auch strategischen Zwecken dienen können.

Verhaftung eines Erzherzogs in Barcelona.

Das unbeliebte königliche Wappen.

Die spanische politische Polizei verhaftete in Barcelona den Erzherzog Karl von Habsburg-Bourbon, den Sohn des verstorbenen Erzherzogs Leopold. Der Erzherzog wurde verhaftet, als er in seinem Automobil vor einem großen Café haltgemacht hatte. Vorübergehende wurden auf das königliche Wappen aufmerksam, das sich an den Türen des Wagens befand, und benachrichtigten die Polizei. Die Verhaftung des Erzherzogs verlief ohne jede Zwischenfall.

Betriebseinschränkung im Harzer Erzbergbau.

Feierschichten im Rammelsbergwerk eingelegt.

Die Unterharzer Berg- und Hüttenwerke G. m. b. H. haben sich mit Rücksicht auf die Erzvorräte, die auf dem Hüttenwerk Oker und in der Herzog-Julius-Hütte während der letzten Monate stark zugenommen haben, gezwungen gesehen, auf dem Erzbergwerk Rammelsberg bei Goslar die Roherzförderung einzuschränken und deshalb bis auf weiteres elf Feierschichten je Monat anzuordnen. Zur Einführung der vorgesehenen Neuregelung sind zum 8. September d. J. sämtliche Arbeitsverträge gekündigt worden; zugleich wurden ab 9. September neue Arbeitsverträge zum Abschluß angeboten. Um die für die Belegschaft entstehenden Härten zu mildern, soll die Arbeitsstreckung entsprechend der Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung vom 27. August v. J. vorgenommen werden.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 26. August.

Neue Verhaftungen in der Angelegenheit der Strengstoffanschläge.

Altona. Im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen im Kreise Pinneberg sind verschiedene Verhaftungen erfolgt. Auf Anfrage an zuständiger Stelle wird erklärt, daß im Interesse der Untersuchung zur Zeit nähere Einzelheiten nicht bekanntgegeben werden können. Die ganze Aktion sei noch im Fluß.

Unterschlagungen bei einer Baugenossenschaft.

München. Der Prüfungsausschuß innerhalb des Aufsichtsrates der Baugenossenschaft Familienheim München-West entdeckte kürzlich das Fehlen von rund 16 000 Mark, für deren Wiederbeibringung der Genossenschaftsverwalter verantwortlich gemacht wurde. Der Verwalter, ein 76 Jahre alter, in gesicherten Familienverhältnissen lebender Mann, befindet sich in Haft. Die Unterschlagungen reichen bis zum Jahre 1925 zurück und sind durch Falschbuchungen entstanden. Die Finanzlage der Baugenossenschaft ist durch die Unterschlagungen in keiner Weise berührt.

Vier Todesurteile gegen russische Bauern.

Moskau. In Taschkent sind vier Bauern, Mitglieder der Verwaltung einer Kollektivwirtschaft, zum Tode verurteilt worden. Sie wurden beschuldigt, Kulaken zu sein, als solche sich in die Verwaltung eingeschlichen und sich auf Kosten der Kollektivwirtschaft bereichert zu haben. Die Todesurteile wurden sofort vollstreckt.

Japanische Truppenlandungen in Schanghai.

Schanghai. Im Zusammenhang mit der japanischen Aktion gegen die chinesische Boykottbewegung sind in Schanghai neuerlich Truppen gelandet worden. Der Führer gab die Erklärung ab, daß die Landung zum Schutz der japanischen Interessen und insbesondere zur Sicherstellung der von den Chinesen bedrohten telegraphischen Verbindung erfolgt sei.

Trauerfeier für Admiral Zenker.

Die Asche nach der Nordsee übergeführt.

In Braunschweig fand die Einäscherung des Admirals a. D. Zenker statt. Vorauf ging eine kurze Feier, zu der jedoch nur Familienangehörige erschienen waren. Die Urne mit der Asche wird nach der Nordsee übergeführt; die Asche soll, dem Wunsche des Entschlafenen entsprechend, den Wellen übergeben werden.

Spinale Kinderlähmung.

Auch in Blankenburg.

Spinale Kinderlähmung stellte ein Blankenburger Arzt bei einem vierjährigen Kinde fest, das in die Klinik nach Halle gebracht wurde. Am Orte selbst wurden umfangreiche Vorsichtsmaßregeln getroffen.

21 Todesopfer der Taifun-Katastrophe.

In Formosa.

Nach neueren Meldungen sind bei der Taifun-Katastrophe im nördlichen Teil der Insel Formosa 21 Menschen ums Leben gekommen. Zwölf wurden bei der Entgleisung eines Zuges und neun bei Hauseinstürzen getötet. Insgesamt sind von den Fluten 3000 Häuser zerstört und 7000 beschädigt worden.

Familien-Nachrichten.

Geburten:

1 Sohn, Maurer Albert Brassel, Branten. — 1 Tochter, Schleifer Paul Berghaus, Ebbinghausen.

Verlobte:

Gertrud Franz, Schalksmühle und Gustav Peters, Eutin.

Vermählte:

Willy Feldmann, Schalksmühle und Anneliese Wieprecht, Gevelsberg. — Emil Hugo Carl Haake und Hertha Peyinghaus, Rummenohl.

Gestorben:

Otto Steinbach, Oberbrügge, 62 J. alt. — Ehefrau Th. Buschhaus, Anna geb. Brinkmann, Ehringhausen, 74 J. Wilhelm Rittinghaus sen., Dahl, 72 J. alt. — Emmy Salzmann, Heedfeld, 23 J. alt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir Allen, insbesondere den Nachbarn unsern

innigsten Dank.

Frau Hugo Voß und Kinder

Ennepe, den 27. August 1932.

Adolf Welter, Halver

Versicherungs - Büro

empfiehlt sich zum

Abschluß von Versicherungen aller Art, wie Feuer-, Haftpflicht-, Auto-, Unfall-, Lebens-Versicherungen zu bekannt niedrigen Prämien. Ebenso vermittele ich:

An- u. Verkäufe

von Wohn- und Geschäftshäusern, landwirtschaftlichen Besitzungen ohne jeden Kostenvorschuß.

— Hypotheken-Vermittlung —

Fernruf 337

Haushalt-Glashaut (Cellophan)

unentbehrlich für jeden Haushalt. Glasklarer, durchsichtiger Stoff.

Zum Bedecken aller Lebensmittel und anderer empfindlicher Artikel.

Mengeninhalt: 1 Bogen ca. 47×75cm

RM. —.25.

Wilh. Bell jr. Halver.

Breckerfeld.

Bestellungen auf das

Breckerfelder Tageblatt

nimmt entgegen

Frau H. Klett, Breckerfeld.

Wolle Seide

wasche beide mit

Persil

Alles Forschritt moderner Wäsche

P65/328



Die neue Mercedes Kleinschreibmaschine

Leicht im Gewicht
Niedrig im Preis
Groß in der Leistung

Prospekt 1306 bereitwilligst

Mercedes Büromaschinen-Werke A.-G., Zella-Mehlis in Thüringen.

Händler gesucht.

Mütterberatungsstunde

findet statt am Dienstag, dem 30. d. Mts. nachm. 4 Uhr in der Gastwirtschaft Heedfeld in Schalksmühle, Hälverstraße.

Halver, den 26. August 32.

Der Bürgermeister.

Zwangsversteigerung.

Am Montag, den 29. August, 16 Uhr in Kierspe-Bhf. Sammelpunkt für Käufer beim Wirt Cramer

6 Marmor Schreibtischgarnituren,

öffentlich meistbietend gegen bar.

Meinerzhagen, d. 26. Aug. 32.

Wehage, O.-G.-V.

Redegem.

Vertreter (innen)

(Arbeitslose) zum Besuch von Viehhaltern **gesucht.** Provision wird sofort ausgezahlt.

Offerte, **Düsseldorf, Postschließfach 566.**

Sicherer Verdienst durch die neuzeitlich ausgestattete



Cordes Heissmangel

Fabrik: Wilh. Cordes Lette Bez. Minden

Gewinnauszug

5. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

16. Ziehungstag — 26. August 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 70563 311337
6 Gewinne zu 5000 M. 197195 342347 367056
22 Gewinne zu 3000 M. 1073 7578 8163 42560 76343 86274 225966 289173 346236 381516 384734
58 Gewinne zu 2000 M. 1819 2117 27166 33654 62801 108994 110484 128944 157429 172036 180410 181665 186274 213437 251856 257168 259495 286580 290884 308478 311857 337164 346160 348232 368531 369581 381655 384124 384993
90 Gewinne zu 1000 M. 1118 6204 12859 15456 30567 31454 31818 35561 53651 61058 74377 89251 100344 113790 134070 140063 155401 163126 167733 169846 175787 178141 203130 204502 215854 219844 220546 227752 229587 239488 253302 267574 273105 286526 304178 305418 323369 326924 335018 335208 339331 339685 372409 376138 379214
184 Gewinne zu 500 M. 1414 5185 12824 17044 17874 24705 35901 37498 46089 47058 52067 55203 56281 70678 77044 79930 80725 82924 85634 94401 103205 112507 114276 114547 115212 115309 126309 126916 127273 132108 132128 135196 143543 144145 148216 150995 156897 161192 165839 175856 185919 188592 198881 205976 209705 210200 213500 219031 224665 231680 232663 244002 246005 250164 254163 266177 267073 269709 269777 274140 277187 277432 290979 294295 300783 303446 308716 329731 329894 331885 338383 341047 344061 345722 348029 348501 349194 350485 353639 363855 371058 371478 375312 378784 380325 384082 390363 392691 394526 398119 399521 399950

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 1651
6 Gewinne zu 5000 M. 151929 222945 236057
22 Gewinne zu 3000 M. 3568 8081 35557 75264 80021 96666 159299 162111 241906 321437 398910
44 Gewinne zu 2000 M. 51156 53486 69198 75425 96214 118289 126587 134002 163189 216990 217155 231931 234112 236670 253538 269086 287103 316056 335646 341259 363733 369692
90 Gewinne zu 1000 M. 8538 12741 23751 33134 36096 48373 70513 84073 89451 90567 91478 102421 111050 122107 124069 140736 142488 145052 146900 164431 165379 181526 209240 222311 225314 241856 244310 250315 295729 309416 319062 321051 324849 326954 327257 338020 345494 350645 351701 359383 360064 373383 380567 381845 382399
170 Gewinne zu 500 M. 2279 6053 7568 17276 26201 30014 30729 32913 38658 52048 53671 59736 70662 72124 75787 76445 76752 89575 90230 92144 99027 110191 111606 111859 111993 112779 118377 123812 126934 137366 138017 140496 142023 144892 146912 148557 156582 162070 165012 166573 171663 176780 180468 182583 192587 198715 217283 217580 220111 227517 227693 229975 242919 247131 255552 256871 258609 260585 264783 267116 268428 268837 269869 270109 271708 273734 273960 283030 285760 289560 292191 310647 323340 328309 331786 337921 347676 348575 355482 356124 359147 359493 372155 382270 387268

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 100 Schlußprämien zu je 3000, 2 Gewinne zu je 200000, 2 zu je 100000, 2 zu je 75000, 4 zu je 50000, 16 zu je 25000, 90 zu je 10000, 202 zu je 5000, 432 zu je 3000, 1242 zu je 2000, 2566 zu je 1000, 4310 zu je 500, 12972 zu je 400 M.

Sämtliche Drucksachen f. d. Industrie

liefert schnellstens **Wilh. Bell jr., Halver.**

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 26. August.

Es bedeutet Rg.-Roggen, F.-Futter, W.-Winter S.-Sommer.

Weizen, rhein 74 Kg.	21,80	Weizenkl.	8.75—10.50
Weizen, ausl.	—	Roggenkl.	7,50— 8,00
Roggen, rhein. 66—67 Kg.	—	Biertreber	10,50—11,25
		Leink. 38 Pr.	11.40—11,75
		Erdnußkm.	
Kg., rh. neu. E.	17,00	50 Prz.	11,60—11,80
Roggen, ausl.	—	„ 54 „	12,60—12,80
Hafer biesiger	14 75—15,00	Sojaschr.	
Hafer nordd.	—	46 Prz.	11,00—11 20
Hafer, ausl.	—	Rapsk. 38 Prz.	8,75
F.-Gerste, ausl.	—	Palmkernk. lof.	9,25—1
W.-Gerste, inl.	16,50	Trockenschn. i.	—
S.-Gerste, inl.	—	Zuckerschn. lof.	10,25—10,75
Mais grober	17,50	Rohmelasse	8,00— 8,75
Mais kleiner	18,50	Wiesenheu, inl. lose neu	4.20—4.50
Weizenmehl, 70 Prz., inl.	30,50	gepreßt	
Rhein. Weizenbäckermehl m. Auslandswz.	31,75	Kleeheu inl. lose neu	5,60—6,20
Roggenmehl 70 Prz.	24,50	gepreßt	
70 Prz. m. ausländ. Roggen	25.00	auslandischer Roggenstr. gepr. neu	1,30—1,50
Roggenschrot, inländisches	20,50	Weizenstr. gepr. neu	1,30—1,40
ausländisch.	21.00	Haferstroh gepreßt	—

brutto mit Sack — brei n.St.

Stimmungsbericht: Brotgetreide etwas befestigt. Weizenmehl ruhig, desgleichen Futtermittel.

Kölner Butternotierungen vom 26. August.

Butter (inländische) Erzeugerpreis für 100 Kilogramm ab Verladestation ohne Verpackung 1. Qualität 218, 2. Qualität 212, 3. Qualität 204. Tendenz: Sehr ruhig.

Kölner Kartoffelnotierungen vom 26. August.

Rheinische lange gelbe Nieren 3,00, rheinhessische und pfälzisch Böhms 2,35.